

Klaus Ahlheim

## Zeitgeist und die Renovierung der Erinnerungskultur<sup>1</sup>

Ich beginne mit einer historischen Reminiszenz, sie ist angesichts des aktuellen fremdenfeindlichen Terrors, mit dem „ganz normale Deutsche“ unser Land überziehen, von beklemmender Aktualität. Im Oktober 1998 wurde Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen. Die Dankesrede des Geehrten sollte für heftige Reaktionen und Diskussionen sorgen. Martin Walser, frisch dekoriert, war ganz offenkundig an einer entscheidenden Passage seiner Dankesrede angelangt. Er hatte sich bereits reichlich ungläubig gezeigt angesichts eines »Zeit«-Beitrags von Jürgen Habermas, der mit Blick auf die ausländerfeindlichen Exzesse in Rostock-Lichtenhagen von einer mit den Tätern sympathisierenden Bevölkerung geschrieben hatte, die »vor brennenden Asylantenheimen Würstchenbuden aufstellt«. Vorstellen, so Walser, könne er sich das nicht und für wahr halten auch nicht. Er hatte bereits von der »Routine des Beschuldigens« in den Medien gesprochen, vom »grausamen Erinnerungsdienst«, von der »Dauerpräsentation unserer Schande«, gegen die sich etwas in ihm wehre, von der »Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken«. Jetzt gestand der Redner, »vor Kühnheit« zu zittern, und fuhr fort: »Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung ... In der Diskussion um das Holocaustdenkmal in Berlin kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlen. Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballplatzgroßen Alptraum. Die Monumentalisierung der Schande. Der Historiker Heinrich August Winkler nennt das »negativen Nationalismus«.« Doch Walser hätte gar nicht zittern müssen. Das Paulskirchen-Auditorium dankte ihm sichtlich angetan und beeindruckt für seine Rede, stehend und mit viel Applaus – fast ausnahmslos. Überraschen konnte das damals eigentlich nicht.

Dass es mit dem ständigen Erinnern an Auschwitz und an die Nazi-Gräuel doch endlich ein Ende haben müsse, war nämlich

---

<sup>1</sup> Vortrag, gehalten am 31. Oktober 2015 in Berlin-Pankow bei der Tagung „Die Garnisonkirche Potsdam: Gedenkort des Versagens – ein Ort der Versöhnung?“, veranstaltet von der Martin-Niemöller-Stiftung und der Initiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“.

schon lange ein gängiges Denk- bzw. Gefühlsmuster an den sprichwörtlichen Stammtischen und darüber hinaus. Als sich Walser also für den Friedenspreis bedankte, war das Schlusstrich-Denken schon mitte- und mehrheitsfähig, hatte den verdächtigen Dunstkreis rechtspopulistischer Agitation längst verlassen. Walser, mit sicherem Gespür für den Zeitgeist, machte sich zu seinem Verfechter – im Gewand des selbstquälerischen Literaten und Intellektuellen. Die mehr als freundliche Reaktion des Paulskirchen-Publikums nahm das Ergebnis der bald folgenden Debatte schon vorweg: Die Zustimmung zu Walsers Rede überwog in den öffentlichen Reaktionen bei weitem.

Und heute? Vieles von dem, was in den letzten Wochen in und um Dresden, freilich nicht nur dort, passiert ist, erinnert an die pogromartige Stimmung in Lichtenhagen vor 23 Jahren, auch das lange Zögern der Politik, das damals wie heute die Hass- und Gewaltexplosion ermöglichte hatte. Und Walsers Warnung vor den Zumutungen einer Gedenkrouine und der Dauerrepräsentation der Schande lebt fort – meist allerdings in zeitgemäß subtilen Varianten. Harald Welzer hat den Begriff der „Renovierung“ unserer Erinnerungskultur besonders wirkungsmächtig etabliert und zum Lieblingsbegriff nicht nur des Feuilletons gemacht. Aber Welzer hat, ich kann das hier im Detail nicht belegen, mit seiner Entrümpelung der Gedenkstättenpädagogik, ursprünglich übrigens im Auftrag des früheren CDU- Ministerpräsidenten von NRW, Jürgen Rüttgers, die Erinnerungskultur modernisiert, indem er ihr das Irritierende, das Ver-störende und damit auch das politisch Störende und Hinderliche genommen hat und gewissermaßen eine Erinnerungspädagogik light postuliert, die unterhaltend sein und – er legt das allen Ernstes nahe - auch „wahnsinnig Spaß“ machen soll. Erinnern heißt zwar sein Programm, aber das Erinnern ist nicht mehr störend, und verstörend schon gar nicht. Welzers Position ist, wie menschen- und erinnerungsfreudig sie sich auch gibt, letztlich der Versuch, die - auch politisch - hemmenden Schatten der Vergangenheit los zu werden.

Ganz explizit und offenerherziger sagt das eine andere Autorin. Im Spätsommer 2013 wird über Amiando, den »Marktführer für Business Events« zu einer Buchpremiere herzlich eingeladen. Ort des Events: die damals noch angesehene Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin. Die Präsidentin dieser Privathochschule und zweimalige Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, will im Gespräch mit Barbara von Meibom deren neues Buch »Deutschlands Chance. Mit dem Schatten versöhnen« vorstellen. Barbara von Meibom, einer breiteren Öffentlichkeit wohl nicht so bekannt wie ihre Gesprächspartnerin, lehrte Politikwissenschaft

mit kommunikationswissenschaftlichem Schwerpunkt an der Universität Duisburg-Essen und ist Gründerin und Leiterin des »Communio – Institut für Führungskunst« in Berlin und Essen. Der aktuelle Diskurs um die uns Deutsche noch immer hemmende, störende Vergangenheit hat eine höhere, exklusive Sphäre und Stufe erreicht, die der Führenden, Mächtigen, der wirtschaftlichen und politischen Verantwortungsträger. Der Einladungstext fasst Summe, Zweck und Ziel und Ideologie des Meibom-Buches trefflich zusammen. »Angesichts der europäischen Finanzkrise ist es unübersehbar geworden: Deutschland nimmt aufgrund seiner ökonomischen Kraft eine entscheidende Rolle in Europa und der Welt ein. Doch die eigene Macht wird eher als eine wenig erwünschte Herausforderung gesehen. Das Land ist gefangen zwischen der faktisch ausgeübten Macht und einer Neigung, die damit verbundene Verantwortung abzulehnen und sich nicht mit dem eigenen Verhältnis zu Macht und Ohnmacht auseinanderzusetzen. Dies hat historische Wurzeln. Heute geht es darum, ein klareres Verhältnis zur eigenen Macht zu gewinnen – als Individuen und als Kollektiv. Barbara von Meibom plädiert dafür, Verantwortung zu übernehmen, dem Leben im Sinne einer ›servant leadership‹ zu dienen und eine heilsame Kultur der Verbundenheit innen und außen zu fördern. Dies ist Deutschlands Chance.« Und Deutschland braucht diese Chance, wie von Meibom in ihrem Buch immer wieder bekräftigt als doppelte, als »Chance, sich mit dem Schatten zu versöhnen und sich auf seine Gaben und Möglichkeiten zu besinnen«, das heißt für von Meibom auch, »von einer Erinnerungskultur zu einer Versöhnungskultur zu gelangen, in der eine posttraumatische Reifung (die Traumatisierten sind wir Deutschen!, K. A.) ihren Ausdruck findet. Gelingt es, eine solche Versöhnungskultur zu entwickeln, können wir uns entschiedener dem Fortwirken von Schattenkräften entgegenstellen, die uns hindern, unser Potenzial zu entfalten ...“ »Deutschland ist eine Nation, die immer wieder zu ungeahnter Macht gelangt.«, das ist der Gedanke, den die Autorin wie ein Mantra beschwört in ihren Buch, das vom Leiden, so muss man es schon sagen, der Deutschen (!) an ihrer Vergangenheit bestimmt ist und von den Opfern des Holocaust kaum, ja gar nicht mehr redet.

Versöhnung mit der Vergangenheit? Mir ist beim Blick auf die verschiedenen öffentlichen Äußerungen der Befürworter eines Wiederaufbaus der Potsdamer Garnisonkirche aufgefallen, dass auch sie mit dem Begriff der Versöhnung hantieren, einer wirksamen Wärmemetapher, wenn man so will. „Wir schaffen Raum, um Versöhnung zu leben“, heißt es etwa fast schon pathetisch auf der

Homepage der Stiftung. Aber Versöhnung mit wem? Man findet dazu so gut wie nichts. Und der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass es vordringlich eben doch und vor allem um die Versöhnung mit der eigenen Vergangenheit geht, mit dem Ziel, genau wie bei Barbara von Meibohm, zu neuen Taten frei zu werden. „Wir schaffen Raum, um Verantwortung zu lernen“, heißt ein anderes Stichwort auf der Homepage. Und dann wird u.a. zur geplanten Nutzung der Wiederaufgebauten ausgeführt: „Es handelt sich um einen herausragenden Ort, an dem Schülerinnen und Schüler Berlins und Brandenburgs den Zusammenhang von heimatkundlichem Wissen über lokale Ereignisse und weltgeschichtliche Folgerungen entdecken können.“ Mich macht dieser Satz stutzig. Es ist von Weltgeschichte die Rede, aber nicht von „Folgen“, sondern von „Folgerungen“, von weltgeschichtlichen Folgerungen, die Schülerinnen und Schüler aus dem Lernen am Lernort Garnisonkirche ziehen sollen. Heimatkunde als Vorbereitung für weltgeschichtliche Taten, für Interventionen, gar militärische? Unter der Überschrift „Eine Sternstunde der evangelischen Kirche“ und unter dem Datum vom 3. September diesen Jahres lese ich über eine Podiumsdiskussion mit dem Friedensbeauftragten der EKD und dem Evangelischen Militärbischof in der Nagelkreuzkapelle Potsdam: Da fragt der Friedensbeauftragte, die Kirche hat einen großen Magen, kritisch nach der Legitimation der Bundeswehreinätze im Ausland, und der Militärbischof antwortet ganz staatstragend im Sinne aktueller Politik: Es sei ihm nach „der widerrechtlichen Einnahme der Krim“ „fast schockartig“ klar geworden, wie nötig eine „Landes- und Bündnisverteidigung“ (die steht allerdings nicht im Grundgesetz) sei. „Nicht zu Unrecht“, so wird die Antwort des Bischof aus der evangelischen Sternstunde referiert, „fragten die baltischen Staaten sich: Sind wir noch sicher? Wenn Deutschland eine größere Verantwortung in der Staatengemeinschaft zugesprochen werde, könne man gemeinsame Missionen internationaler Truppen nicht anderen Nationen überlassen und die Bundeswehr herausziehen.“ Über den merkwürdigen Gebrauch des Missionsbegriffs durch einen promovierten Theologen, will ich hier gar nicht rasonieren, aber die Aussage passt zu einer neuen deutschen auch militärisch geprägten Außenpolitik, der eine renovierte Erinnerungspolitik mehr als gelegen kommt.

Die Schatten der Vergangenheit halten uns nicht mehr zurück. Inzwischen hat in der Politik und in Berichten und Kommentaren der sogenannten »Leitmedien« ein »Zivilbruch« stattgefunden, ausgerechnet am Anfang des Jahres 2014, in dem mit einigem Aufwand an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren erinnert wurde. Nach der Bildung der Großen Koalition wurde ein von bestimmten Medienvertretern und Politikern lange und gut vorbereiteter

außenpolitischer Strategiewechsel offenkundig, der weltweite militärische Intervention eben nicht mehr oder doch nicht ausschließlich mit dem Argument der Menschenrechte, die es allenthalben zu schützen gelte, fordert, sondern durchaus ehrlich feststellt, dass es um nationale Interessen, um Macht und Machtpolitik des längst wieder großen Deutschland geht. Und das alles geschah noch vor dem »Umsturz« in der Ukraine und der Entscheidung auf der Krim.

Forsch und als erste preschte die damals noch neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit neuer Einsatzfreude vor und forderte größeres außenpolitisch-militärisches Engagement in »Krisenregionen«: »Wir können nicht zur Seite schauen« sagte sie dem »Spiegel«, »wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, schon allein aus humanitären Gründen.« Man muss von der Leyens Begründung genau lesen: Sie fordert eine stärkere Präsenz der Bundeswehr in Krisenregionen »schon allein aus humanitären Gründen« – »schon allein«, aber nicht mehr nur, das war, noch etwas versteckt, die neue deutsche Außenpolitik in Kurzfassung. Und diese Politik wäre ohne ein neues nationales Selbst- und Machtbewusstsein, das aus dem Schatten der Vergangenheit herausgetreten ist, gar nicht möglich.

Der SPD-Außenminister sprang von der Leyen sogleich zur Seite, plädierte im Bundestag zwar noch für eine »Politik der militärischen Zurückhaltung« (eigentlich eine Selbstverständlichkeit), wollte sie aber nicht als »Kultur des Heraushaltens« missverstanden wissen: »Dafür sind wir, auch in Europa, inzwischen ein bisschen zu groß und ein bisschen zu wichtig. Wir sind nicht ein Kleinstaat in einer europäischen Randlage, sondern der bevölkerungsreichste, größte Staat der Europäischen Union; wir haben die stärkste Wirtschaftskraft. Wenn sich ein solches Land bei dem Versuch, internationale Konflikte zu lösen, heraushält, dann werden sie nicht gelöst, dann gibt es keine belastbaren Vorschläge.«

Auch unser Bundespräsident und Prediger der Nation Joachim Gauck mischte eifrig mit im Konzert der Kriegsbefürworter, aber, gelernt ist gelernt, er sagte es auf gehobene, getragene Weise. Ende Januar 2014 verkündete er bei der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz ohne das Wort »Krieg« zu benutzen, Deutschland müsse sich »früher, entschiedener und substantieller einbringen« und forderte die Deutschen auf, »sich der Welt zuzuwenden«.

Was in den folgenden Monaten in rasender Eile folgte, kennen Sie alle.